

## **Rede Tim Ostermann Aufstellungsversammlung 03.09.12**

Anrede,

in zwölf Monaten sind wir aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen.

Ich bewerbe mich heute bei Ihnen, als Kandidat unserer CDU die Stadt Bad Oeynhausen und den Kreis Herford im 18. Deutschen Bundestag vertreten zu dürfen.

Zunächst zu meiner Person:

Ich bin 33 Jahre alt, verheiratet, meine Frau Christine und ich haben eine Tochter, die in diesen Tagen vier Monate alt wird. Von Beruf bin ich Rechtsanwalt mit Sitz in Herford. Seit 1993 bin ich JU-, seit 1995 CDU-Mitglied. In meiner schon einige Jahre währenden Parteilaufbahn war ich auf mehreren Ebenen aktiv. Seit Juni bin ich Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Herford.

Meine Wurzeln liegen in der Kommunalpolitik. Seit dem Jahr 2002 bin ich Mitglied des Rates der Stadt Löhne, seit der letzten Kommunalwahl Vorsitzender unserer Ratsfraktion.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

weshalb möchte ich unseren Wahlkreis im Bundestag vertreten?

Nun, ich möchte die Politik der CDU an entscheidender Stelle unterstützen und mitgestalten – mit Herz und Verstand.

Konkret haben mich aber insbesondere zwei Themen dazu bewogen, die Kandidatur anzustreben.

Das erste Thema ist die Konsolidierung des Bundeshaushalts.

Die Staatsschulden betragen in Deutschland derzeit ganze 2 Billionen Euro. Jede Sekunde kommen 2000 Euro dazu. Kürzlich habe ich einen Ausspruch gelesen, der zu dieser Situation gut passt: Ein System, dessen Akzeptanz mit fremdem Geld erkaufte wird, leiht sich die Gegenwart bloß bei der Zukunft.

Die CDU-geführte Bundesregierung tut viel, um perspektivisch den Schuldenabbau zu erreichen. Die Reduzierung der Neuverschuldung ist hierzu ein wichtiger, ein entscheidender Schritt. Aber es ist eben nur die Verringerung der Neu(!)-Verschuldung. Wir sollten etwas ambitionierter sein. Ich kenne es so: Vom Sparen kann man dann reden, wenn man weniger ausgibt als einnimmt. Nicht schon dann, wenn man weniger Kredite aufnimmt als man aufnehmen könnte.

In der vorletzten Woche haben wir erfahren, dass der Staat mitten in der europäischen Schuldenkrise einen Milliardenüberschuss erzielt! Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung haben im ersten Halbjahr 8,3 Milliarden Euro mehr eingenommen als ausgegeben. Die Gründe hierfür sind insbesondere die gute Konjunktur und eine Rekordbeschäftigung.

In Deutschland erreichen die Staatseinnahmen auf Grund dieser mehr als erfreulichen Umstände Höchstwerte, gleichzeitig sind die Kreditzinsen auf einem historischen Tiefstand. Meiner Ansicht nach sollten die niedrigeren Ausgaben und höheren Einnahmen 1 zu 1 für den Abbau der Neuverschuldung genutzt werden. Für mich ist dies nicht zuletzt eine Frage der Generationengerechtigkeit. Für weitere soziale Wohltaten besteht kein Spielraum. Ich denke hier zum Beispiel an das Betreuungsgeld oder an die Zuschussrente. Wir sollten klipp und klar sagen, dass wir uns diese zusätzlichen Leistungen finanziell nicht erlauben können!

Das Bundeskabinett hat in der letzten Woche beschlossen, dass der Rentenbeitragssatz von 19,6 auf 19,0 Prozentpunkte sinken soll. Ich würde es begrüßen, wenn stattdessen die Rücklagen der Rentenkassen erhöht würden. Dieses Polster wird benötigt, um die Beiträge für jetzige und künftige Beitragszahler bezahlbar zu halten. Nach der erschreckenden Prognose zur Altersarmut, die am

Wochenende bekannt geworden ist, ist dies wichtiger denn je.

Auch wenn ich meine, dass die christlich-liberale Koalition in puncto Haushaltskonsolidierung noch mehr als jetzt schon tun könnte: Wir können nur froh sein, dass nicht rot-grün - womöglich mit Unterstützung durch ganz links - für die Geschicke unseres Landes verantwortlich ist. Dort sind wieder einmal nur die Ausflüsse der alten linken Denkmechanismen zu beobachten. Und die drehen sich insbesondere ums Umverteilen. Zwangsanleihen und die Vermögenssteuer haben es mal wieder aus der politischen Mottenkiste in die Öffentlichkeit gebracht. Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, lassen Sie uns dafür kämpfen, dass die alten linken Rezepte, die sich vor allem auf Neid gründen, mit der Bundestagswahl endgültig in der Mottenkiste verschwinden!

Das zweite Thema, das mich bewogen hat, mich in Berlin engagieren zu wollen, ist meinen kommunalpolitischen Wurzeln geschuldet. Es ist das Plädoyer für eine strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips.

Die einfachsten Lebensweisheiten sind ja meistens die überzeugendsten. So auch die Weisheit, dass derjenige, der die Musik bestellt, für diese auch zahlen muss. Wer neue Wohltaten unter das Volk bringen will, muss das Geld entweder mitliefern oder aber bestehende Wohltaten einsammeln. Nichts anderes sagt „Konnexität“ aus.

Unsere Kreise, unsere Städte und Gemeinden liegen finanziell am Boden. Vom Aufschwung profitieren die kommunalen Haushalte entweder gar nicht oder nur unzureichend.

Der Bund nimmt über die gesetzlichen Vorgaben bei den Sozialleistungen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der kommunalen Ausgaben. Mit der schrittweisen Kostenübernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet der Bund die Kommunen bis 2015 um über 12,2 Milliarden Euro. Ab 2016 übernimmt der Bund jährlich steigend über 4,6 Milliarden Euro. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen.

Ein negatives Beispiel ist allerdings die U3-Betreuung. Hier ist die Finanzierung des

laufenden Betriebs unzureichend. Die Kommunen sind gezwungen, aus ihren ohnehin schon klammen Haushalten beträchtlich zuzuschießen.

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass der Bund - vom Land NRW will ich an dieser Stelle mal gar nicht reden - sich seiner Verantwortung für die kommunale Familie stärker bewusst wird. Neue Aufgaben für die Kreise, Städte und Gemeinden darf es ohne finanziellen Ausgleich nicht mehr geben.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,  
meine sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin mir sicher, dass ein außerordentlich harter, ein außerordentlich zuspitzender Wahlkampf vor uns liegt. Natürlich ist es schwierig, zum jetzigen Zeitpunkt – zwölf Monate vor der Wahl – vorauszusehen, welche Themen die Menschen in der heißen Wahlkampfphase bewegen werden. Schon jetzt aber ist absehbar, dass zwei Themen in jedem Fall dabei sein werden: die europäische Schuldenkrise und die Energiewende.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Wenn ich an das Thema „Europäische Schuldenkrise“ denke, fällt mir als erstes das Stichwort "Unsicherheit" ein.

Keiner, wirklich keiner (auch die Sinns, Kirchhoffs und Schäfflers dieser Welt nicht) weiß mit Gewissheit, was hier noch alles auf uns zukommt. Wir fahren auf Sicht – alle. Ein altes, aber immer noch treffendes Bonmot besagt: „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“

Meine Damen und Herren,

bei einem Thema, dass nur sehr schwer zu durchdringen ist, kommt es ganz entscheidend auf einen traditionellen Wert an: auf „Vertrauen“. Dieses Vertrauen besitzt für den weit überwiegenden Teil unserer Bevölkerung Angela Merkel. Und dieses Vertrauen besitzt die Union insgesamt.

Die Menschen spüren, dass unsere Grundsätze richtig sind: Solidarität und Solidität

gehören zusammen. Es kann keine Leistung ohne Gegenleistung geben!  
Notleidende Staaten bekommen vor allem im Interesse unserer gemeinsamen  
Währung Hilfe – aber nur gegen eigene Anstrengungen und strenge Kontrolle.

Länder wie Griechenland werden ihr Verhalten niemals ändern, wenn sie sich immer  
darauf verlassen können, dass wirtschaftlich erfolgreiche Länder wie Deutschland sie  
schon raushauen. Aus diesem Grund muss man mit weiteren Zugeständnissen sehr  
zurückhaltend umgehen.

Die Krise lässt sich nicht lösen, indem nur auf Wachstum gesetzt und die Solidität  
hinten angestellt wird. Die von der gesamten SPD-Troika und fast allen anderen EU-  
Staaten gebetsmühlenartig geforderten Eurobonds, die eine unbegrenzte Haftung mit  
sich bringen würden, bieten daher keine Lösung des Problems – ganz im Gegenteil.  
Sie würden das Problem vergrößern. Auch das merken die Menschen sehr genau.

Was Griechenland angeht, wird der Bericht der Troika – bestehend aus  
Internationalem Währungsfond, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen  
Union – entscheidend sein. Diesen sollten wir abwarten. Forderungen nach einem  
Ausschluss, die nun insbesondere aus dem Süden unserer Republik zu vernehmen  
sind, sind vorschnell, kontraproduktiv, ja sogar gefährlich. Keine Frage: Es gibt  
genügend Gründe, sich über Griechenland zu ärgern. Was dort alles möglich war, ist  
uns in den letzten Monaten immer wieder vor Augen geführt worden. Man kommt aus  
dem Kopfschütteln gar nicht mehr heraus.

Aber wir sollten auch anerkennen, dass nun stringente Reformen erfolgen. Die  
Regierung Samaras hat sich endlich aufgerappelt.

Und man muss immer wieder deutlich machen, dass es bei allen Hilfspaketen für  
Griechenland nicht in erster Linie um Solidarität für ein anderes EU-Land geht,  
sondern vor allem darum, dass hier bei uns in Deutschland die Arbeitnehmer ihre  
Arbeitsplätze und die Sparer ihr Geld behalten können. Eine Pleite Griechenlands  
und eine eventuell daraus entstehende Sogwirkung, die keiner absehen kann, haben  
auch direkte Folgen für uns – im Zweifel gravierende.

Gefährlich ist es in meinen Augen auch, das Projekt „Europa“ nun insgesamt in Frage zu stellen. Die europäische Einigung bedeutet den Schutz von Freiheit und Menschenrechten. Denken Sie nur an die Bewegungsfreiheit über Grenzen, die erst seit zwei Jahrzehnten offen stehen. Die enge Zusammenarbeit in Europa ist, gerade in Deutschland, Grundlage unseres Wohlergehens, im Privat- wie im Geschäftsleben.

Die europäische Währungsunion hat für Deutschland enorme Vorteile mit sich gebracht. Die Förderbank KfW hat die Auswirkungen der Mitgliedschaft in der Währungsunion für Deutschland vor einigen Monaten – also mitten in der Krise - konkret beziffert: Allein in den vergangenen zwei Jahren seien der deutschen Volkswirtschaft durch die Währungsunion 50 bis 60 Milliarden Euro Wohlstandsgewinne beschert worden. Um diesen Betrag wäre die wirtschaftliche Leistung weniger gestiegen, wenn wir die D-Mark gehabt hätten.

Frieden und Freiheit mögen für meine Generation selbstverständlich geworden sein. Zum Glück. Aber: Die europäische Einigung bleibt ein Jahrtausendprojekt. Dem Historiker Paul Nolte ist recht zu geben: „Das europäische Erfolgsmodell ist kein Gespenst von vorgestern, sondern Realität von heute und Auftrag für morgen“.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

die Energiewende ist zwar kein Jahrtausendprojekts, aber immerhin ein Jahrhundertaufgabe.

Man kann den Ausstieg aus der Kernenergie für richtig, man kann ihn für falsch halten. Die Entscheidung steht. Und damit auch die Herausforderung, die Energiewende hinzubekommen.

Wenn die Energiewende gelingt, wird Deutschland seine starke wirtschaftliche Stellung in der Welt für die nächsten Jahrzehnte festigen und ausbauen und zugleich einen herausragenden Beitrag im Kampf gegen den weltweiten Klimawandel leisten.

Würde die Energiewende hingegen misslingen, hätte dies erhebliche Folgen für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung.

Mit unserem neuen Umweltminister Peter Altmaier und der Politik der CDU-geführten Bundesregierung kommt die Energiewende voran: mit den Gesetzen zum beschleunigten Netzausbau, mit einer besseren Bürgerbeteiligung, mit wirtschaftlichen Anreizen und mit der Förderung neuer Speichertechnologien.

Ziel muss es sein, sichere und bezahlbare Energie zu erzeugen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern – auch, dass muss an dieser Stelle auch deutlich gesagt werden, vor überzogenen ökologischen Vorstellungen. Denn die Gefahr ist, dass energieintensive Wirtschaftszweige ins Ausland abwandern. Denken Sie nur an die Metall- und die Chemieindustrie.

Zum Nulltarif ist die Energiewende sicher nicht zu haben. Die Kosten sind enorm und sie treffen jeden von uns. Die riesige Herausforderung ist nur dann zu schaffen, wenn wir die Energiewende als ein Gemeinschaftsprojekt begreifen. Ich bin mir sicher: Peter Altmaier wird den alten Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umwelt überwinden und die Energiewende zum Erfolg führen.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es liegen noch viele Aufgaben vor uns, um Deutschland zukunftsfest zu machen. Dennoch können wir selbstbewusst sagen: Unserem Land geht es gut. Die Menschen finden Arbeit, die Löhne und Gehälter steigen und damit auch die Renten.

Dies ist in erster Linie dem Können, dem Einfallsreichtum und dem Fleiß von Millionen Frauen und Männern zu verdanken.

Diese Entwicklung ist aber auch das Ergebnis richtiger politischer Weichenstellungen der CDU-geführten Bundesregierung. Unsere Aufgabe ist es, dies den Menschen bis zum Wahltag immer wieder zu sagen. Die Bilanz zeigt: Wenn wir den Menschen etwas zutrauen, kommt Deutschland voran. Was unser Land hingegen nicht braucht, ist rot-grüne Bevormundung.

Wir selbst tun uns ja etwas schwer, die Vorzüge, die wir in Deutschland haben, wahrzunehmen und wertzuschätzen. In diesen Monaten kommen viele Menschen aus dem Ausland nach Deutschland. Diese Menschen sind hochqualifiziert, finden aber in ihren Heimatländern wegen der Krise keine Arbeit mehr. Diese Menschen sagen ohne Scheu das, was ich gerne häufiger auch aus dem Mund von uns Deutschen hören würde: „Deutschland ist ein wunderbarer Ort“.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

bis zur Bundestagswahl verbleiben uns zwölf Monate.

Falls sie mich heute zu Ihrem Kandidaten wählen, möchte ich in diesen zwölf Monaten die Grundlagen dafür legen, unseren Wahlkreis im September 2013 für die CDU direkt zu gewinnen. Einmal ist uns dies schon gelungen - im Jahr 1983 durch Heinz Landré.

Bei der letzten Bundestagswahl haben Wolfgang Rußkamp bei mehr als 230.000 Wahlberechtigten nur rund 1400 Stimmen oder 0,8 Prozentpunkte gefehlt. Dies zeigt: Mit Einsatz, Durchhaltevermögen und einem starken Willen ist es zu schaffen.

Die wichtigste Voraussetzung ist aber Ihre Unterstützung. Um diese bitte ich Sie ganz herzlich.